

„Zivilcourage muss man einfordern“

Claudia Roth und Jochen Partsch über gewaltfreien Widerstand, Proteste auf Twitter und den Besuch des Dalai Lama in Darmstadt

DARMSTADT. Beide haben sie in jungen Jahren Widerstand geleistet gegen Aktionen, die vom Staat und von der Industrie ausgingen. Claudia Roth und Jochen Partsch, die heute zu den profilierten Köpfen der Grünen zählen, wissen um den schmalen Grat zwischen friedlicher Demo und gewaltsamer Ausschreitung. Am Mittwoch debattieren sie bei einer Tagung in Darmstadt zum Thema

INTERVIEW

„Gewaltlosigkeit ist der Weg“, auch der Dalai Lama wird dabei erwartet. Im ECHO-Gespräch erklären die Vizepräsidentin des Bundestags und der Darmstädter Oberbürgermeister, wo sie heute in deutschen Ländern ermutigende Beispiele von Bürgeraktionen sehen – und wo sie ihre Grenzen ziehen.

Frau Roth, Herr Partsch, wo haben Sie sich selbst in der Vergangenheit an Protesten beteiligt, die an die Grenzen des Legalen gingen oder darüber hinaus?

Claudia Roth: Ich habe mal 800 Mark bezahlen müssen bei einer kleinen Kundgebung in den Siebziger. Da haben wir für die Freilassung von Nelson Mandela demonstriert, und zwar in der Banneile des Bonner Regierungsviertels.

Hat schon ein bisschen wehgetan, oder?

Roth: Ja, aber das haben wir in Kauf genommen. Wir wussten, dass es eigentlich verboten ist.

Wie war es für Sie gerechtfertigt, sich darüber hinwegzusetzen?

Roth: Wir haben gewaltfrei protestiert, für die Menschenrechte, nicht gegen Menschen. Petra Kelly und andere waren gleichzeitig in Südafrika und haben sich ans Absperrgitter vor der deutschen Botschaft geklettert. Auch eine gute und zugleich gewaltfreie Form des Widerspruchs. Ich war aber auch bei den großen Brokdorf-Demonstrationen dabei, die verboten wurden, noch während wir mit dem Bus aus Dortmund anreisten. Da haben viele erlebt, was es bedeutet, mit Hubschraubern und Wasserwerfern gejagt zu werden. Der Staat hat mich lange Zeit wie eine Feindin behandelt, und das nur, weil ich gegen eine nicht zu beherrschende Technologie demonstrieren wollte.

Jochen Partsch: Zu dieser Brokdorf-Demonstration sind wir mit 50 Bussen aus Göttingen hingefahren. Das waren legale und friedliche Aktionen im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung. Dazu zähle ich auch die Bauplatz-Besetzung in Wackersdorf, wo die Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll gebaut werden sollte. Wir wurden dann geräumt. Für uns war das ziviler Ungehorsam. In den Augen der Polizei war das eine illegale Aktion, für uns war das ein symbolischer Akt: Diese Anlage sollte den Schlussstein bilden für die Atom-Strategie des Bundes.

Die Blockade von Atommüll-Transporten ist immer wieder von Gewalt auf Seiten der Gegner wie der Polizei begleitet. Zuletzt flogen brennende Strohballen in Richtung der Schutzbeamten. Wer schützt die Polizisten, wer die friedlichen Demonstranten vor dieser ritualisierten Gewalt?



Umstrittener Widerstand: RWE-Mitarbeiter begutachten im Hambacher Forst die Baumhäuser, in denen sich Demonstranten eingerichtet haben.

Foto: dpa

Partsch: Die geschilderten Vorkommnisse sind Straftaten und nicht akzeptabel. Es liegt in der Verantwortung jedes Demonstrationsteilnehmers,

wenn andere über die Stränge schlagen, sie darauf aufmerksam zu machen, dass es so nicht geht. Falls das keinen Erfolg hat, muss man sich entfernen und die Veranstalter müssen die Demonstration beenden. Bei einer Anti-AKW-Demo in Hanau habe ich es erlebt, dass Leute auf eine Ampel geklettert sind und diese zer schlagen haben, nach dem Motto: „Macht kaputt, was euch kaputt macht“. Ein paar Kumpels und ich haben die gefragt, ob sie noch alle Tassen im Schrank haben.

Wie haben die Vandalen reagiert?

Partsch: Abweisend und aggressiv. Aber die meisten anderen haben uns unterstützt.

Das erfordert Zivilcourage in einer so aufgeheizten Situation.

Partsch: Aber genau die ist notwendig, die muss man einfordern. Roth: Eine wichtige Rolle spielt dabei auch immer das Verhalten der Polizei. Bei den großen Demonstrationen gegen die Nachrüstung Anfang der Achtziger setzte die Polizei sehr klug auf Deeskalation. Die Einsatzstrategie wird seit Kurzem auch in Berlin bei der „Revolutionären Demonstration“ am 1. Mai eingesetzt. In Berlin-Kreuzberg war die Randalen in der Nacht zum 1. Mai schon ritualisiert. Jetzt hat die Polizei ihre Strategie geändert, setzt nicht mehr auf Konfrontation und es funktioniert.

Welche Formen zivilen Ungehorsams empfinden Sie als legitim?

Partsch: Ich möchte eine Aktion betonen, die oft nicht so im Zentrum steht: Ich achte sehr das, was die Darmstädter Kirchengemeinden im Rahmen des Kirchenasyls leisten.

Roth: Sitzblockaden wurden höchst richterlich als legitimer Aus-

druck von Protest gewertet, ob auf der Autobahn oder auf Schienen. Anketten ist auch ein bewährtes Mittel – man sollte dabei nur nicht den Schlüssel verlieren. Ein aktuelles Beispiel für klugen, künstlerischen Protest: Die Aktivisten vom „Zentrum für Politische Schönheit“ haben neben dem Wohnhaus des AfD-Politikers Björn Höcke ein kleines Mahnmahl nachgebaut, nachdem der das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Schandmal“ bezeichnet hatte.

Höcke sieht seine Persönlichkeitsrechte verletzt, weil ihm die Aktivisten so auf die Pelle rücken.

Roth: Die Richter haben den Aktivisten aber Recht gegeben und der Kunstfreiheit höheren Rang eingeräumt. Eine gute Entscheidung.

Neben dem Protest auf der Straße lässt es sich heute auch daheim am Computer protestieren. Ein Mausclick und man hat eine Petition gegen Massentierhaltung oder gegen Unrecht in fernen Ländern unterstützt. Zeitgemäßer Protest oder Bequemlichkeit, die folgenlos bleibt?

Partsch: Es ist beides. Es geht ja ruckzuck. Du siehst auf dem Bildschirm ein gequältes Tier, machst einen Mausclick, schon ist es weg. Sicher gibt es viele, die sich damit auch weiter auseinandersetzen. Aber für andere ist es auch ein billiger Weg, ein bisschen zu protestieren, um das Thema dann schon auf dem Weg zum Supermarkt wieder zu vergessen.

Roth: Protestformen sind vielfältig, ob im Netz oder auf der Straße. Für manche Menschen ist es ein Ausdruck demokratischer Grundgesinnung, eine „urgent action“ von Amnesty International zu unterschreiben – und die wirken ja beweisenermaßen. In Chemnitz hingegen war es wichtig, dass viele Menschen auf die Straße gegangen sind, sozusagen analog Gesicht und Haltung gegen die Rechts-extremisten gezeigt haben. Aber auch bestimmte Aktivitäten im Netz können etwas in Bewegung setzen. Denken Sie an die Twitteraktion #aufschrei, die sich 2013 gegen sexualisierte Gewalt und alltäglichen Sexismus richtete – eine Reaktion auf die sexistischen Bemerkungen von Rainer Brüderle gegenüber einer Journalistin. Das

ging weiter mit #ausnahmslos, der #metoo-Debate, dann in diesem Sommer mit #metwo. Das waren und sind alles gute und wichtige Kampagnen, die Impulse für die politischen Debatten gesetzt haben und sich gegenseitig verstärken.

Sie unterstützen beide auf Ihre Weise Aktionen, die sich gegen die Unterdrückung der Tibeter durch das chinesische Regime richten – was lässt sich auf lokaler, was auf bundespolitischer Ebene in dieser Sache erreichen?

Roth: Erstmals meinen großen Dank und meine Hochachtung an die Hessen und ganz besonders auch an Darmstadt, dass sie den Dalai Lama seit Jahren immer wieder einladen. Da stehen Politikerinnen und Politiker dahinter, Wirtschaftsleute sponsorn das Ereignis – trotz des Drucks von chinesischer Seite. Ich würde mir wünschen, dass die Bundesregierung sich daran ein Beispiel nähme, die bestehenden Probleme ebenfalls klarer benennen würde und sich nicht erpressen ließe. Der Dalai Lama ist als Friedensbotschafter eine der wichtigsten Persönlichkeiten, die es weltweit gibt.

Herr Partsch, haben Sie schon Protestnoten von chinesischen Diplomaten bekommen?

Partsch: Im Augenblick noch nicht. Aber in den vergangenen Jahren habe ich immer wieder ein Schreiben des Generalkonsulats bekommen, wenn wir am 10. März, dem Tag der Aufstände und ihrer Niederschlagung, die tibetische Flagge auf dem Luisenplatz gehisst haben. Beim letzten Besuch in Darmstadt hat er mich wieder darauf angesprochen. Ich habe ihm gesagt, dass wir an dieser Tradition festhalten werden. Wir können nicht in die Diplomatie der Bundesregierung eingreifen. Aber wir können als Kommune darauf hinweisen, dass es dort Unterdrückung gibt, dass es in Tibet keine Freiheit gibt. Das können wir tun: Die freie Information über Menschenrechtsverletzungen gewährleisten, uns nicht einschüchtern lassen von diplomatischem Druck.

Das Interview führte Thomas Wolff.

ZU DEN PERSONEN



„Der Staat hat mich lange Zeit wie eine Feindin behandelt.“

► Claudia Roth, 63, fungiert heute als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Ab 1994 war sie Fraktionsvorsitzende der Grünen und arbeitete lange im EU-Parlament sowie im Bundestag. Zu ihren politischen Schwerpunkten zählen Bürgerrechte und Feminismus.



„Du siehst auf dem Bildschirm ein gequältes Tier, machst einen Mausclick, schon ist es weg.“

► Ihr Parteikollege Jochen Partsch, 56, ist seit 2011 Oberbürgermeister von Darmstadt. Von 1997 bis 2006 war er Mitglied des Stadtparlaments, von 2003 bis 2006 Fraktionsvorsitzender. Der studierte Sozialwissenschaftler war vor seiner OB-Wahl Dezernent für Soziales, Jugend und Wohnen.

► Beide Politiker diskutieren am Mittwoch, 19. September, auf dem Podium der öffentlichen Tagung „Gewaltlosigkeit ist der Weg“ im Darmstadtium. (two)

LESERBRIEFE

Zum Thema ICE-Streckenführung:

Geschönt

Die Neubaustrecke ist ein Jahrhundertprojekt für Darmstadt, daher müssen sich die Bürger für eine optimale Trassenführung zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt für ihre Kinder einsetzen. Es ist naiv zu glauben, dass die Bahn dies berücksichtigt und nicht weiß, wie sie ihre Vorzugsvariante am Ende des Beteiligungsforums zum Sieger küren kann. Man muss einfach akzeptieren, dass die Führung einer zweigleisigen Personen- und Güterzugstrecke entlang der Eschollbrücker Straße die nachhaltigste, ökologischste und günstigste Verbindung der Neubaustrecke mit dem Bestandsnetz ist, wenn man entlang der A5 durch den Westwald fahren will. Schließlich wurde diese Streckenführung von Experten des RP ausgearbeitet. Den Schallschutz der Heimstätte werden die Gutachter der DB in Griff bekommen. Die verantwortlichen Politiker sollten schnellstens erkennen, dass die DB ihnen mit unvollständigen, geschönten Auskünften die Referenztrasse untergeschoben hat. Um die Umsetzung der für die Verkehrswende dringend notwendigen Neubaustrecke nicht unnötig zu verzögern, ist der Vorschlag einer Verlagerung in das Planfeststellungsverfahren verheerend.

Marcus Müller Darmstadt

KONTAKT

Leserbriefe erreichen die Redaktion unter:
Darmstädter Echo
Berliner Allee 65
64295 Darmstadt
oder per Mail:
leserbriefe-echo@vrm.de
oder per Fax: 06151-3872730

REDAKTION DARMSTADT

Sekretariat:
Josephine Dottermusch 06151-387-2628
Thomas Boyny -2674
Fax: -2730
E-Mail: darmstaedter-echo@vrm.de

Redaktion:
Patrick Körber (pak) -2670
Joachim Nieswandt (jon) -2672
Sabine Schiner (ine) -2678
Kerstin Schumacher (schu) -2677
Annette Wannemacher (net) -2676
Thomas Wolff (two) -2713
Frank Horneff (fho) -2671

Seitengestaltung:
Andrea Volb, Thomas Riedel, Rudolf Knappe, Katja Hink

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Henschel Darmstadt GmbH bei.

DARMSTÄDTER ECHO

Herausgeber:
Hans Georg Schrücker

Verlag: Echo Zeitungen GmbH
Echo Zeitungen GmbH,
Berliner Allee 65, 64295 Darmstadt
(zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen)

Geschäftsführer:
Hans Georg Schrücker, Kurt Pfeiffer
Registergericht: Darmstadt
Registernummer: HRB 9256
Umsatzsteuer-ID: DE 111607977

Chefredakteur und verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Lars Henneemann

Mitglied der Chefredaktion: Jens Kleindienst (Stv.), Ulrike Winter
Leitender Redakteur Darmstadt und Südhessen: Patrick Körber
Newsdesk/Online:
Birgit Femppe, Johannes Igel, Julia Lumma
Kultur und Gesellschaft: Johannes Breckner
Sport: Jens-Jörg Wannemacher
Kreis Darmstadt-Dieburg: Thomas Bach
Chef vom Dienst: Klaus Kipper

Art Director: Stefan Vieten

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bernad Koslowski

Vertrieb: Lars Groth

Druck: VRM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim

Bezugspreis monatlich inkl. MwSt. und Zustellung im Paket „Print & Web“ 39,90 € (Träger), 40,10 € (Post/Inland). Abonnementkündigungen müssen schriftlich bis zum 5. des Monats zum Monatsende im Verlag vorliegen. Bei Lieferungsbehinderungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Anzeigen: Preisliste Nr. 46 ab 1. Januar 2018.

Archivfoto: dpa